

Denke an Deine Pflicht am Sonntag!

Die Saat scheint aufzugehen, die Lauge und Leidenschaftlich gefügt worden ist: die Politik ist wieder auf die Straße getreten! Das 1919 besonders von Seiten des Bürgerturns mit aller Energie bekämpft wurde, wird heute von bestimmten Volkskreisen als eine kraftvolle Tat gepriesen. Wir wollen den Marxismus auch auf der Straße bekämpfen, sagte dieser Tage ein rechtsradikaler Redner. Das heißt also, den politischen Kampf auch auf der Straße fortsetzen. Der Boden ist also dazu vorbereitet worden, und darum brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn von Tag zu Tag die Zahl der Meldungen über politische Zusammenstöße größer wird. So lauten jetzt fast unangelegentlich Meldungen über politische Zusammenstöße aus allen Teilen des Reiches ein.

Am kommenden Sonntag soll sich nun jeder von uns entscheiden, auf welche Weise er die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse bei und wünscht.

Das ist die große entscheidende Frage, vor die das sächsische Volk am kommenden Sonntag gestellt wird. Aus den Versammlungen und den Versammlungsbereichen kann sich jeder über die Ziele der einzelnen Parteien unterrichten.

Am Sonntag muß er dann zur Wahl gehen und mit seinem Stimmzettel das Urteil über die Parteien fällen!

Am Sonntag muß entschieden werden, ob die politische Entwicklung auf dem Wege der Ruhe und Ordnung vor sich gehen soll, oder ob die schweren Verhältnisse durch einen Straßenkampf vorwärts getrieben werden sollen. Dazu muß es aber führen, wenn die politischen Zusammenstöße und Schlägereien sich weniger in dem gleichen Maße wieder und immer mehr Lebensopfer fordern.

Am Sonntag heißt es darum: alle Mann an die Wahl! Und kein schwaches Ärgern oder feines Ausweichen! Diese sächsische Landtagswahl hat diesmal ausschlaggebende Bedeutung für das ganze Reich! Wer diesmal der Wahl fernbleibt, ist ein Verräter an unserem Volk! Wie er sich entscheidet, das mag er mit seinem Gewissen ausmachen! Auf jeden Fall aber muß er zur Wahl gehen! Es sind 13 Listen vorhanden! Die Aufgabe, daß er nicht weiß, was er wählen soll, kann also nicht gelten! Es geht um Sachsen, es geht um unser deutsches Vaterland! Darum denkt an deine Pflicht: Gehe bestimmt wählen!

Von der Wahlbewegung in Riesa.

Wahlversammlung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Die gestern Abend im „Wettiner Hof“ stattgefundene öffentliche Wahlversammlung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes, vorausschicklich die letzte bürgerliche Wahlversammlung in Riesa vor den Landtagswahlen, war erfreulicherweise gut besucht, wenn auch im Saale noch mehrere Plätze unbesetzt waren. Durch Zufall war außer dem als Referenten beauftragten Herrn Staatsrat F. v. R. v. R., Rudolstadt, auch der Fraktionsvorsitzende der Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Herr Reichstagsabg. Dremwig, anwesend, der seine Anwesenheit dazu benutzte, den Versammlungsbesuchern in längerer Rede sehr willkommene Aufklärungen zu geben. Nachdem der Vorsitzende der diesigen Ortsgruppe, Herr Bäckermeister Winkler, die beiden Herren Redner und die übrigen Erschienenen begrüßt hatte, nahm zunächst Herr Staatsrat F. v. R. das Wort, der einleitend bemerkte, daß er sehr gern gekommen sei, um den Parteigeliebten im Wahlkampf zu helfen. Bevor er auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Thüringen einging, erinnerte er an die Gründe der Auflösung des sächsischen Landtages, die ja bekanntlich durch die Faltung der nationalsozialistischen Abgeordneten erfolgt sei. Die größtenteils angenommenen Verträge, sollen im Thüringischen Landtage die Nationalsozialisten eine große Rolle spielen; dies sei jedoch nicht der Fall. Nur 2 Mitglieder der nationalsozialistischen Partei befänden sich dort in der Regierungskoalition, denen 2 bürgerliche Mitglieder gegenüberstehen. Nur um des Friedens willen sei den Nationalsozialisten der Posten des Innenministers zugestanden worden. Es sei seit dem Jahre 1924 in Thüringen nicht möglich gewesen, den Etat zu balancieren. Erst jetzt sei es durch Sparmaßnahmen gelungen, den Etat zu verbessern. Durch Abbau von höheren Beamtenstellen in den verschiedenen Ministerien, durch Einführung neuer Steuern usw. habe man nunmehr den Staatshaushalt ausbalanciert. Andererseits seien große Erleichterungen auch für den Mittelstand und den Hausbesitz geschaffen worden. Die geleistete Arbeit sei auf einige Prozent erhöht worden, die Feuersteuerabgabe um, auf die Miete umgelegt und das Wohnungsmangengesetz gemildert worden. Es sei ferner ein Ermächtigungsgesetz beschlossen worden, das einen weiteren Abbau gestatte. Dieses Gesetz bilde zwar zur Zeit noch eine Streitfrage, und es müsse erst das Reichsgericht entscheiden, ob das Gesetz zu Recht besteht. Redner betonte ausdrücklich, daß die vorgenommene Verminderung des Beamtenstandes nicht merkbar sei. Er streifte ferner die allgemeine Finanzlage und die letzte Steuerfrage, in Verbindung damit die Erwerbslosenunterstützungsfrage, wozu er erklärte, daß es die Mittelstandspartei immer gewesen sei, die Vereinfachung erstrebt habe; sie habe auch die Hebel angelegt, die Befolgung mit Gemeinden, Staat und Reich in Einklang zu bringen. Die Partei habe sich jederzeit dafür eingesetzt, daß ein Staatsbürger, der an seinem Staate Interesse haben soll, auch als Staatsbürger leben kann. Es gehöre dazu, daß das Reich auch Interesse an dem Mittelstand zeige. Redner zerstreute die Meinung, die Mittelstandspartei sei beamtenfeindlich und betonte, daß die Partei Schulter an Schulter mit dem alten Berufsbeamtentum stehe, aber das Bonzenbeamtentum verwerfe. Er ging noch besonders auf die Bestrebungen und Ziele der Partei und auf deren erfolgreiche Tätigkeit ein und schloß seinen verhältnismäßig kurzen Vortrag mit der Bitte, am Sonntag die Stimme der Reichspartei des deutschen Mittelstandes — Nr. 4 — zu geben.

Anschließend begann Herr Reichstagsabgeordneter Dremwig sein Referat, der als gut orientierter Politiker und Handwerksmeister die Notlage des deutschen Volkes und besonders des selbständigen Mittelstandes in fließender Rede schilderte und die bekannten Gründe des Darniederliegens der deutschen Wirtschaft eingehend darlegte. In seinem Berichte über die politische Lage dokumentierte er zunächst, daß das sächsische Parlament aus wahlrechtlichen Gründen zusammengefallen ist. Nur Finanzlage des Reiches bemerkte er, daß das Reich als ein kaufmännisches Unternehmen betrachtet werden müsse, das, wolle es bestehen, nicht mehr ausgeben dürfe als es einnimmt. Die Finanzgebarung des Reiches lasse aber jede kaufmännische Sicherheit vermissen. Man vermeide es in den maßgebenden Stellen, dem deutschen Staatsbürger die Wahrheit zu sagen. Es werde ihm vieles vorgegaukelt, aber das Versprechen nicht eingelöst. Es würden immer wieder neue Steuern beschlossen und alles aus dem Volke herausgeholt, um die fortwährend steigenden Ausgaben zu bestreiten. Das Ideal des Sparsens sei vernichtet und die Freude des ehrlichen Schaffens zertrümmert. Gätten wir in Deutschland ein Steuersystem, das alle Volksgenossen, gestützt nach ihrem Einkommen, erlaßt, dann würde es anders ausfallen, dann würden die Forderungen von gegenseitiger Seite bald verstummen und die Unterstützungsmaßnahmen würden ein anderes Gesicht bekommen. Im Jahre 1918 habe der „Weser“ auf die Zukunft“ eingeleitet werden sollen. Damals habe die Sozialdemokratie die Macht erhalten, sie verlangte neben der politischen Macht auch die wirtschaftliche Macht — im Sinne der Sozialdemokratie: die Privatwirtschaft abzulösen durch die Gemeinwirtschaft. Die bürgerliche Seite hätte zu jener Zeit eine Einheitspartei bilden müssen gegen die Partei der Gemeinwirtschaft. Das aber sei nicht geschehen. Auch die Mittelstandspartei habe sich, als die Reichsverfassung geschaffen wurde, einseitig lassen; auch die Mittelstandspartei sei auf die Vorarbeiten der Verfassung eingegangen, später sei sie auf kaltem Wege enteignet worden. Man habe es erlebt, als die Zwangswirtschaft einsetzte, da

haben diejenigen am lautesten gegen die Erhaltung der Privatwirtschaft geschrien, die durch die Zwangswirtschaft zu Rang und Würde gekommen sind. Ein Riesenschrei der verabschiedeten Verwaltungsräte wurde notwendig. Die Bezahlung erfolgte durch Inanspruchnahme der Rentenpresse. Neue Gesetze wurden geschaffen, die eine Vermehrung der Verwaltung, hohe Ausgaben und neue Steuern erforderten. Und so mußte die Wirtschaft immer mehr und mehr zurückgehen. Nach weiterer kritischer Betrachtung all der eingetragenen Zustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, die nicht nur das Reich und die Staaten, sondern auch die Gemeinden erfaßt haben, in denen vieles geschaffen worden ist, was nicht unbedingt notwendig war, betonte Redner, daß es eine unbedingte Forderung der deutschen Mittelstandspartei sei, ein Ausgabensenkungsgesetz zu schaffen. Vor allem dürften nicht Gesetze gemacht werden, die die Arbeit verbieten. Das sächsische Gut des deutschen Volkes sei die Arbeit. Und so fordere die Partei, daß die Erwerbslosenunterstützung umgestaltet wird zu einer produktiven Unterstützung. Dadurch würden Werte geschaffen, ohne das Ausland in Anspruch nehmen zu müssen. Es gelte, zu kämpfen um eine Gesetzgebung, wodurch die deutsche Arbeit wieder zur Geltung kommt — dem Ziele der Freiheit entgegen! Mit diesem Ziele liefere die deutsche Mittelstandspartei einen Dienst an der Menschheit und an der ganzen Welt. Mit draconischen Maßnahmen müsse jetzt hervorgetreten werden, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, zum Segen der Menschheit. Ein jeder müsse dazu beitragen, daß eine vernünftige Finanzreform verabschiedet und nicht weiter sinnlose Wirtschaftspolitik getrieben wird. Dann werde sich der sächsische Bund erfüllen, Erleichterung zu bekommen. Redner schloß mit dem begeisterten und begeisterten Ausdruck: „Der Mittelstand muß ein Machtfaktor werden. Helfen Sie alle mit, dieses Recht zu erkämpfen!“

Da Wortmeldungen zur freien Aussprache nicht erfolgten, wurde Herr Reichstagsabg. Dremwig das Schlusswort erteilt. Er bat nochmals, am kommenden Sonntag die Kandidaten der deutschen Mittelstandspartei (Wirtschaftspartei) zu wählen und dafür einzutreten, daß Sachsen nicht wieder ein rotes Sachsen werde.

Wahlkundgebung der Volkrecht-Partei.

Die Ortsgruppe Riesa der Volkrecht-Partei hatte für gestern Abend zu einer öffentlichen Wahlversammlung eingeladen, die im Saale der „Ebertstraße“ stattfand. Auch diese Wahlkundgebung litt, wie alle anderen der bürgerlichen Parteien, unter schlechtem Besuch.

Nach begründenden Worten eröffnete der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr v. d. L., die Versammlung und erteilte dem Referenten, Herrn Major a. D. v. d. L., Düsseldorf, dem Mitglied des preussischen Landtages ist, das Wort. In anschaulicher Weise behandelte der Redner die Ziele der Volkrecht-Partei. Seine Partei sei die einzige, die sich zum Schutz der Währung und des Einkommens bekennet. Nach der Inflation, im Jahre 1923, habe die Volkrecht-Partei gegründet werden müssen, als man damals zur Steuerreform schreiten wollte. Schon damals erklärte sie, daß erst die inneren Verpflichtungen erfüllt werden müssen, ehe man die Kriegsschuld aufnehme. Deutschland wäre durch die Tributpläne nur so hohe Lasten auferlegt worden, weil das Reich seine inneren Schulden annulliert hätte. 180 Milliarden deutsches Sparkapital seien durch ungerechte Gesetze vernichtet worden. Das Volkvermögen sei zerstückelt worden. Durch Schuldenentlastung glaubte man die Wirtschaft heben zu können. Das sei jedoch der große Fehler gewesen. Die Kaufkraft des Volkes habe man dadurch fast völlig vernichtet. Dann kam der Referent auf die verschiedenen Arbeiten der Volkrecht-Partei in den Parlamenten zu sprechen. In jeder Zeit habe sie sich, wie das ja hinlänglich bekannt sei, für die Rechte der ausgerauhten Kaufvertragsläufiger eingesetzt. Die Lage im Reich sei ganz bedrohlich geworden. Obwohl man im Januar d. J. das Defizit von 1700 Millionen RM. durch Anleihen befreit habe, habe das Reich jetzt schon wieder eine dreiviertel Milliarde Schulden. Wie es im Reich sei, so finde man es auch in den Ländern. Auch bei den kommunalen Verwaltungen herrsche eine trostlose Lage. Durch die Sozialisierung seien bereits 75 Milliarden RM., also etwa ein Drittel des deutschen Volkvermögens, in dem Besitz der öffentlichen Hand. Dann leitete Herr Major v. d. L. auf die wirtschaftliche Lage über. Es bestehe ein gewaltiger Unterschied zwischen Geld und Kapital, was man am deutlichsten daraus erkenne, daß die Reichsbank eine Notendeckung habe wie nie zuvor. Aber trotzdem herrsche Kapitalnot. Es gebe nur einen Weg zur Finanzreform, das sei die Wiederherstellung des alten akkumulierten Kapitals. Der Streit nach Kapital und neuer Kapitalbildung sei nichts anderes als die Erkenntnis, daß ein Unterschied besteht zwischen Geld und Kapital. Die Arbeitslosigkeit sei nur so hoch, weil der Wirtschaft das Kapital fehle. Das Kapital, das der Wirtschaft geltehen werde, würde diese durch die ungeheueren Inflationen erdrücken. Im Bürgerturn stehe überall der Pleitegeier. Es herrsche eine gewaltige wirtschaftliche Notlage. In Deutschland würde man durch die Finanzpolitik die höchsten Steuern der Welt zahlen. Die Landwirtschaft sei ebenfalls stark verfallen. 1924 hätte sie eine Schuld von 58 Milliarden gehabt, 1928 habe sie 18,8 Milliarden RM. getragen. Weidlich sei es bei den Kaufleuten. Nur die Warenhändler würden florieren. Die Industrie liege zum großen Teil schon in ausländischen Händen. Sie sei zum Sklaven des internationalen Großkapitals geworden. Diese Tatsache sei erschütternd. Viele Milliarden deutschen Sparkapitals würden ins Ausland wandern, von wo es zu doppeltem Zinssatz wieder herbeigegeben werde. Ost heiße es, das Be-

amtentum trage an allem Schuld. Wohl seien auch hier Fehler gemacht worden. Doch wenn das deutsche Beamtentum nicht mehr existiere, dann gebe es kein deutsches Vaterland mehr. Die Volkrecht-Partei verlange aber, daß die außergewöhnlich hohen Beamtengehälter, die in keinem Verhältnis zu denen stehen, die die übrigen für den Staat unentgeltlichen Beamten bezahlen, auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden. Bei einer katastrophalen Wirtschaftslage des deutschen Volkes und der unerträglichen Not weiterer Volksschichten sei es ein Unglück, wenn ein Reichsbankpräsident 800 000 Mark allein an Gehalt bekomme. Um völlig unabhängig von der Herrschaft des Finanzkapitals zu sein, wäre es den Abgeordneten der Volkrecht-Partei verboten, Aufsichtsratsposten anzunehmen. Auch mit der Verfolgung der Kriegshinterbliebenen setze es in Deutschland traurig aus. Vergebens warte man auf den „Dank des Vaterlandes“. Die Wohnungsnot habe die Volkrechtspartei in Verbindung mit Baugenossenschaften, Ziebler- und Bauparereführern, die in ihren Reihen stehen, zu fördern. Zum Schluß seines interessanten Vortrages wies der Redner darauf hin, daß die Volkrechtspartei die Pflege und Förderung der geistigen und sittlichen Güter des deutschen Volkes als eine der wichtigsten Aufgaben betrachte. Sie treten ein für Erhaltung des öffentlichen Lebens, für ein Christentum der Tat, ferner für Elternrecht und Gleichberechtigung der christlichen Schule mit anderen Schularten. Die Volkrechtspartei lehne sich nachdrücklich ein für die körperliche, geistige und sittliche Bildung der deutschen Jugend. Herr v. d. L. dankte dem Redner für seine wertvollen Ausführungen und bat die Anwesenden um Unterstützung der Volkrecht-Partei am Wahltag.

In seinem Schlusswort behandelte Herr Major a. D. v. d. L. das Recht, für das die Partei eintrete. Grundsätzlich kämpfe die Volkrecht-Partei für Wiederherstellung des Rechtes. Sie werde sich auch dafür einsetzen, daß nicht etwa 1929 eine neue Entzweiung der Hypothekengläubiger eintrete. Dabei sei ihr Ziel eine höhere Aufwertung des Kapitals ohne höhere Zinsenlasten. Die Volkrechtspartei kämpfe für die Rechte aller Kaufvertragsläufiger. Volkrecht sei Naturrecht. Auf die zehn Gebote würden sich alle Gesetze aufbauen, deshalb seien sie eine christliche Partei. Die Volkrecht-Partei kämpfe für ein Volkrecht, damit die Wirtschaft blühe und gedeihe. Damit hatte die Wahlkundgebung, die ohne Störung verlief, gegen 11 Uhr ihr Ende erreicht.

Certliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Juni 1930.

- Wetter-Merkblatt für den 21. Juni. Mittelstark von der Ostl. Randwetterpartie zu Dresden. Zeitweise aufströmende Winde aus Süd bis West, Bewölkungsunruhe, tagsüber etwas fähler, Gewitterneigung.
- Daten für den 21. Juni 1930. Sonnenaufgang 3.48 Uhr. Sonnenuntergang 20.20 Uhr. Mondaufgang 0.45 Uhr. Monduntergang 14.24 Uhr.
- 1819: Der Komponist Jacques Offenbach in Köln geboren (gestorben 1880).
- 1864: Der Kunsthistoriker Heinrich Wölfflin in Winterthur geboren.
- 1919: Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in der Bucht von Scapa Flow.

— Beflaggung der Dreingebäude am 1. Juli. Nach einer Verfügung des Ministerpräsidenten sind aus Anlaß der Befreiung der rheinischen Lande die sächsischen staatlichen Dienstgebäude, die staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Sitzungsgebäude am 1. Juli 1930 zu beflaggen. Den Gemeindebehörden wird anheimgegeben, auf eine entsprechende Beflaggung der übrigen öffentlichen und privaten Gebäude hinzuwirken.

— Unter Riesaer Heimatmuseum ist an diesem Sonntag nachmittags von 2 bis 1/2 Uhr geöffnet.

— Auf das Abendblasen des Missions-Vokalchor's Riesa, das heute Abend von 7.30 Uhr ab auf dem Lutherplatz (an der Trinitatiskirche) stattfindet, wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

— Das Fußballspielen auf dem Kinder-spielplatz an der Oststraße im Stadtteil Gröba ist verboten. Man beachte die Bekanntmachung im vorliegenden amtlichen Teile.

— Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) läßt am Sonntag, den 21. Juni, von 2 Uhr ab und Sonntag, den 22. Juni, von 9 Uhr ab den Klemm-Club der D 1614 des Leipziger Vereins für Luftfahrt und Flugwesen zu einem feierlichen Flug durch ganz Sachsen fliegen. Das Flugzeug, beschriftet „Lissa 4“, startet auf dem Flugplatz Riesa und fliegt mit seinem jungen Reifflieger Georg Erdel aus Leipzig über den größeren Städten Sachsens längere Zeit in Rundflügen und Schlingen. Wir würden also das Flugzeug auch hier erwarten können.

— Bleibt Dresden Ausstellungskunst? Die nächste Sitzung des Präsidiums der Jahresversammlung der Arbeit Dresden wird sich mit der Frage beschäftigen, ob im nächsten Jahre wieder eine Ausstellung veranstaltet werden kann. Die Schwierigkeiten liegen bekanntlich darin, daß die Verwendung öffentlicher Mittel für Ausstellungen gegenwärtig immer unübersichtlicher geworden ist. Wenn in der Presse berichtet wurde, daß bereits Beschlüsse gefaßt worden seien, nach denen überhaupt keine Ausstellung mehr stattfinden und daß dem gelangten Personal gefündigt sei, so entspricht dies nicht den Tatsachen. B. H. ist noch niemandem gekündigt. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß nach Beendigung der Hygiene-Ausstellung deren großer Apparat abgebaut werden muß, und daß vorzuziehende Räumlichkeiten insoweit erfolgen, als es die Räume für die Zukunft erheischen. Der Präsident der Internationalen Hygiene-Ausstellung, Stadtrat Dr. Krüger, behält sein Amt für die Dauer dieser Ausstellung bei. Für weitere Ausstellungen soll als sein Nachfolger Reichsminister a. D. Dr. Kuls in Aussicht genommen sein.

— Arbeitsvermittlung für Jungenfranke. Nach einer zwischen der Landesversicherungsanstalt Sachsen und dem Landesarbeitsamt Sachsen getroffenen Vereinbarung soll mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab im Interesse einer durchgreifenden Tuberkulosebekämpfung die arbeitsförderliche Tätigkeit in den Heilanstalten zu erweitern werden, daß die aus der Heilanstalt Entlassenen möglichst in Arbeitsstellen untergebracht werden können, die eine Gefährdung der Entlassenen und ihrer Umgebung ausschließen.

— Verulung ins Sächsische Volksbildungsministerium. Das Gesamtkabinett beabsichtigt den Oberregierungsrat Dr. Reuter bei der Generalinspektion der Sächsischen Staatstheater zum Ministerialrat und Theaterinspektor ins Sächsische Volksbildungsministerium zu ernennen. Damit würde die leitende Abgang von Geheimrat Dehn unbesetzt gebliebene Stelle wieder besetzt werden.

— Eine reiche Kirchengemeinde. Die Kirchengemeinde in der Döbnitz dürfte, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in diesem Jahre eine außerordentlich reiche sein. Stellenweise sind die Äste der Bäume zum Brechen voll